

**Wir glauben, sie wollen
das Beste für unser Land.
In Wahrheit verfolgen sie
ihre eigenen Interessen.**

Die Eliten aus Wirtschaft und Politik, Wissenschaft
und Publizistik sind fast am Ziel. Unablässig haben sie uns
eingeredet, das Land stehe vor dem Ruin. Im Glauben,
dass alles besser wird, wenn wir nur den Gürtel enger
schnallen, sind wir zu immer weiteren Abstrichen bereit.
Voller Vertrauen auf unsere Eliten.

Doch Albrecht Müller, Autor des Bestsellers *Die Reformlüge*,
zeigt: Wir sind Opfer einer Täuschung. Die Gesellschaft
wird umgebaut und wirtschaftlichen Interessen
ergeordnet, angeblich zum Nutzen aller. In Wahrheit ziehen
einige wenige für sich den Profit daraus. Fragt sich bloß:
Sollen es unsere Eliten einfach nicht besser? Oder sind sie
am liebsten bereit, die große Koalition mit den wahren Nutznießern
des Umbaus eingegangen?

Albrecht Müller

Machtwahn

Albrecht Müller

Macht Wahn

Wie eine mittelmäßige Führungselite
uns zugrunde richtet

Wie kommt man schnell zu viel Geld?

Die normale Art, Geld zu verdienen, erscheint unseren Eliten als ziemlich altmodisch. Sich als Arbeitnehmer mit seinen Arbeitsleistungen zu verdienen, das ist vergleichsweise brotlos. Als Unternehmer Kapital und seine unternehmerischen Fähigkeiten in eine Firma einzubringen, beides mit der Arbeitskraft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu kombinieren und so Werte zu schaffen, das finden die Spitzen unserer Eliten viel zu altpbacken, jedenfalls erscheinen ihnen die Gewinne wohl nicht ausreichend, die dabei herauspringen. Deshalb können wir nur feststellen: Was unsere Spitzen in Wirtschaft und Politik heute tun, wendet sich auch gegen die ehrliche Arbeit von mittelständischen Unternehmern. Wenn die Rendite des eingesetzten Kapitals bei der üblichen Kombination von Kapital und Arbeit bei 10 bis 15 Prozent liegt, ist man zwar gut bedient, aber die Gier unserer Eliten will mehr. Deshalb haben findige Eliten in Politik und Wirtschaft andere Wege zum Geld gesucht, und sie sind fünfzig geworden:

- **Erstens:** Man muss dafür sorgen, dass das eigene Unternehmen beziehungsweise die Firma, für die man arbeitet, eine marktbeherrschende Stellung erreicht. Um dies zu erreichen, braucht man gelegentlich politische Rückendeckung gegenüber Institutionen, die – wie das Bundeskartellamt zum Beispiel – eigentlich dazu da sind, den Wettbewerb zu schützen. Das praktische Instrument dafür ist bei uns die Ministererlaubnis für eine Fusion beziehungsweise eine Unternehmensübernahme.
- **Zweitens:** Man zapft den Staat direkt an und kassiert zum Beispiel überhöhte Beratungshonorare oder Provisionen bei der Vermittlung staatlicher Hilfen und Subventionen etc.
- **Drittens:** Man bewirkt die Privatisierung oder Teilprivatisierung von Staats- oder, genauer, von Volksvermögen und verdient daran.
- **Viertens:** Man hilft bei der Privatisierung von bis dahin solidarisches Sicherungssystemen und verdient am Vorgang der

Privatisierung und/oder bei jenen, die sich mit der Einführung der Privatvorsorge neue Märkte verschaffen.

- **Fünftens:** Man partizipiert an den besonderen Gewinnen beim Handel mit Vermögenswerten.

Kombinationen dieser schnellen Wege zum finanziellen Glück sind möglich und üblich. Jede dieser Möglichkeiten zum Geldverdienen bringt mehr ein als die ehrliche Arbeit.

Im folgenden führe ich nacheinander Fälle und Personen auf, bei denen ich annehmen muss, dass nur eine Interessenverflechtung ihre Entscheidungen beziehungsweise ihr öffentliches Werben für bestimmte Entscheidungen erklären kann. Ein längerer Infokasten geht auf die besondere Bedeutung ein, den der Handel mit Vermögenswerten bei solchen Verhaltensweisen hat (siehe S. 282 ff.). Das betrifft vor allem den dritten bis fünften der oben aufgeführten Wege zum schnellen Geld. Zum Schluss dieses Kapitels gehe ich auf die wohl massivste und zugleich unappetitlichste Korruption ein, deren Opfer wir sind: die Werbung und die begleitende politische Weichenstellung zugunsten der Privatvorsorge und zu Lasten unserer solidarischen Altersvorsorge.

Wege zum Geld: Die schnellen Umsteiger – mit Umsicht vorbereitet?

- **Gerhard Schröder (SPD)** schließt als Bundeskanzler in unserem Auftrag einen Vertrag mit Russland über den Bau einer Pipeline und wird unmittelbar anschließend zum Aufsichtsratsvorsitzenden des deutsch-russischen Gaspipeline-Konsortiums nominiert, das diese Pipeline durch die Ostsee bauen soll.

- **Von dem ehemaligen Bundeswirtschaftsminister und FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann** wissen wir, dass er 1999 unmittelbar im Anschluss an sein Amt als EU-Kommissar in Brüssel, als der er für Industriepolitik einschließlich Telekommunikation zuständig war, sein politisches Insiderwissen gegen viel Geld bei der spanischen Telefonica einsetzen wollte, die wie-

Handel mit Vermögenswerten statt Wertschöpfung

Unsere Spitzeneliten in der Wirtschaft konzentrieren seit einiger Zeit ihre Kraft nicht auf Wertschöpfung, sondern auf den Handel mit Vermögenswerten. Denn dort wird am meisten verdient. Dort hat zum Beispiel auch die Deutsche Bank ihre größten Gewinne im Jahr 2005 gemacht: im Handelsgeschäft und bei den Provisionen.

Deshalb gilt: Man kann die politische Willensbildung und die daraus folgenden Entscheidungen in vielen Fällen nur begreifen, wenn man untersucht, ob dahinter Interessen an großen Vermögensdispositionen und -gewinnen stecken. Denn die wirklich großen Gewinne werden beim Kauf, beim Besitz und Verkauf von Vermögenswerten erzielt.

Typische Beispiele:

- Ein Investor kauft die Aktienpakete, zum Beispiel der MTU, der Autoteile-Kette ATU, der Familie Grohe etc. und verscherbelt diese weiter.
- Unternehmen werden aufgeteilt, umgegründet, mit anderen fusioniert. Ein Opfer eines solchen Vorgangs war die frühere Hoechst AG.
- Investoren kaufen Stadtwerte, Wasserwerke, Autobahnen etc., machen Gewinne dank Absicherung durch die Steuerzahler und verkaufen Teile (möglichstweise) gewinnbringend weiter.
- Die westdeutschen Banken kaufen die ostdeutschen Banken weit unter dem realen Preis und gewinnen dank günstiger Absicherung durch den Staat und durch Ausbeutung der erworbenen Forderungen Hunderte von Millionen (siehe S. 81 ff.).
- Unternehmen werden an die Börse gebracht.

In allen diesen und vielen verwandten Fällen werden die großen Gewinne erleichtert und manchmal auch erst möglich durch politische Entscheidungen. So zum Beispiel durch

- die Befreiung der Gewinne bei Veräußerung von Unternehmen und Unternehmensteilen seit 1.1.2002 und

- die Beibehaltung dieses Privilegs auch nach dem Koalitionsvertrag der großen Koalition (obwohl die CDU im Entwurf ihres Regierungsprogramms noch die Abschaffung der Steuerbefreiung avisiert hatte – da ist wohl jemand dazwischengeschütscht),
- das Verscherbeln der ostdeutschen Banken an die westdeutschen Institute,
- die neuen Regeln für ÖPP/PPP (Privat-Public-Partnership) und damit ihre Erleichterung,
- alle Maßnahmen, die die Privatvorsorge fördern und das Vertrauen in die gesetzliche Rente weiter der Erosion preisgeben, konkret: durch Nullrunden bei den Renten und die Drohung mit dem sogenannten Nachholfaktor, wonach die Renten noch stärker von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden sollen.

Gewinner dieser »Asset-Wirtschaft« – des Handels mit Vermögenswerten – ist ein mächtiger Kreis von Finanzunternehmen und reichen privaten Vermögensbesitzern: die Banken und andere Akteure des Kapitalmarkts – also Investmentbanker, Broker, Börsen etc. –, die Versicherungsunternehmen sowie, besonders wichtig, Anwaltskanzleien, Beratungsunternehmen, PR- und Werbefirmen.

»Auf Investmentbanker regnet es in diesen Wochen Millionen – weil die Geschäfte glänzend liefen«, berichtete die *Süddeutsche Zeitung* am 13. Januar 2006 in einem Beitrag über die tüpigen Prämien, die nach dem Aktienboom des Jahres 2005, vielen Neuemissionen an den Börsen, einem Karussell von Übernahmen und Kapitalumschichtungen fällig werden. Die Behörden von New York schätzen, dass dort 18 Milliarden Euro an Prämien ausgeschüttet werden. *Milliarden*, nicht *Millionen*! In London, so berichtet die *Süddeutsche*, können vermutlich dreitausend Investmentbanker damit rechnen, dass sie aufgrund der Prämien von ungefähr 1,5 Millionen Euro (wohlgemerkt: pro Person!) für den Rest ihres Lebens ausgesorgt haben.

Beim Verkauf von Vermögenswerten entstehen in der Regel

keine Werte. Alle diese Gewinne basieren im Kern nicht auf einer Wertschöpfung durch die Produktion von Waren und Dienstleistungen, zumindest werden die dahinterstehenden Vorgänge dieser wertschöpfenden Art den kleineren Teil ausmachen. Alles andere sind Ergebnisse von Spekulationen, von einer Neuordnung zu Lasten von Kleinaktionären und Arbeitnehmern und zu Lasten des Fiskus.

Da diese Gewinne eine völlig andere Dimension haben als die Gewinne normaler Wertschöpfung im Produktions- und Dienstleistungsbereich sind auch die Möglichkeiten, mit finanziellen Zuwendungen und anderen Formen der Unterstützung nützliche politische Entscheidungen zu erreichen, überdimensional groß. Ein paar Millionen für sogenannte Handling Fees sind bei Milliardentransaktionen nur noch tausendstel Prozentpunkte. Da kann man ruhig schon mal den wirtschaftspolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen einen Beratervertrag anbieten, der ihre Abgeordneten-Diät um ein Mehrfaches übersteigt. Da kann man ruhig schon mal einen Empfang von Ministerien oder von Fraktionen sponserrn, und da kann man auch ruhig mal einige hunderttausend Euro Spenden lockermachen. Das sind Peanuts angesichts der Beträge, um die es da geht. Auch wenn die Betroffenen sagen, sie hätten sich von solchen Zuwendungen in ihrer politischen Meinungsbildung nie beeinflussen lassen, muss man nach aller Lebenserfahrung davon ausgehen, dass sie nie etwas gegen die Interessen ihrer Geldgeber unternommen hätten, sondern sie, so gut es geht, unterstützen. Und das vielleicht noch guten Gewissens, weil man ja schon immer dieser Meinung war.

Man darf davon ausgehen, dass die Willensbildung einzelner Parteien auf einschlägigen Feldern weitgehend schon von diesen Vermögens-Gewinn-Interessen geprägt ist. Weite Teile unserer Eliten in den Topetagen sind davon berührt.

Auch andere Folgen dieser besonderen Stärke der Vermögenslobby sind absehbar: Es werden unnötig viele und auch qualitifizierte Ressourcen auf diesen Bereich konzentriert, es unterbleiben wichtige Rahmenseetzungen gegen einen ökonomisch unverhältnißmäßigen Ausverkauf. Im Zuge der ständigen Vermögens-

dispositionen, Umgründungen und Übernahmen kommt es typischerweise auch zu Repressionen gegen die Arbeitnehmererschaft. Die Arbeitnehmer müssen durch Stress und Rationalisierung, durch Einkommensverzicht und Mehrarbeit letztlich die Gewinne bei Vermögensstransfers, und damit auch die Prämien der Investmentbanker, schaffen.

Diese Art von Kapitalmarkt ist wie ein Klotz am Bein unserer Volkswirtschaft. Dort wird zwar – betriebswirtschaftlich gesehen – viel verdient, volkswirtschaftlich betrachtet sind diese Geschäfte aber eine Vergewendung von Ressourcen.

Welche Dimensionen diese Geschäfte in den letzten Jahren angenommen haben, zeigt das Beispiel Berlin: »Die Gesamteinnahmen Berlins aus Vermögensverkäufen in den Jahren 1993 bis 1998 betragen nach Angaben der Senatsverwaltung für Finanzen insgesamt rund 12,36 Milliarden DM.«⁹⁶

In Berlin besonders engagiert ist Annette Fugmann-Heesing. Sie kam 1996 als Finanzsenatorin nach Berlin und setzte sich mit der Idee des »Gewährleistungsstaates« an die Spitze der Privatisierungsbewegung in Deutschland. Von 1996 bis 1999 setzte sie als verantwortliche Senatorin den Verkauf der Bewag (Strom), der Gasag (Gas), der Wohnungsgauesellschaft Gehag und die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe durch. In ihrer Zeit als Finanzsenatorin geschah es auch, dass Berlin den Erwerbern RWE und Veolia im geheimen Konsortialvertrag eine Renditegarantie gewährte, die sich auf die Wasserpreise auswirken muss. Fugmann-Heesing war nach ihrer Zeit als Senatorin im Auftrag des damaligen Verteilungsministers Rudolf Scharping Geschäftsführerin der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb der Bundeswehr (GEBB) geworden. Das war eine Privatisierungsorganisation der Bundeswehr, allerdings nicht sonderlich erfolgreich. Fugmann-Heesing arbeitet an der Privatisierung weiter – unter anderem im Rahmen der BBD Berliner Beratungsdienste mit dem ehemaligen Bürgermeister Dietrich Stobbe zusammen.⁹⁷

- Die rot-grüne Bundesregierung hat zum 1. Januar 2002 die *Steuerbefreiung für die Gewinne beim Verkauf von Unternehmen und Unternehmensstellen* eingeführt. Das war auch eine Befreiung der sogenannten Heuschrecken und ihrer Opfer von der üblichen Besteuerung der Gewinne. In den letzten Jahren haben solche Verkäufe vermehrt stattgefunden. Einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young zufolge haben Finanzinvestoren in Deutschland 2005 soviel Geld investiert wie niemals zuvor, das Investitionsvolumen sei um 26 Prozent auf 29,5 Milliarden Euro gestiegen, die Zahl der öffentlich gemachten Private-Equity-Transaktionen ist um zwanzig auf 133 angewachsen, dabei habe es insgesamt sieben zehner sogenannte Megadeals gegeben, das sind Transaktionen mit einem Volumen von mehr als 500 Millionen Euro.⁹⁸ Auch als der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering im Frühjahr 2005 eine Debatte über diese »Investoren« begann, hat niemand aus den Reihen unserer Eliten ernsthaft darüber nachgedacht, diese Steuerprivilegien wieder zu streichen. Wer hat davon profitiert? Worin liegt der Sinn dieser Steuerbefreiung? Warum ist sie trotz öffentlicher Debatte nicht gestrichen worden, als man erkannte, wie sich diese Investoren verhalten, wie sie Betriebe verschulden, fieddern, Beschäftigte entlassen oder ihre Löhne drücken und häufig die Substanz und die Arbeitsfähigkeit der Betriebe massiv beeinträchtigen? (Vergleiche den Fall des Arnatureherstellers Grohe, S. 125 f.). Sind das etwa Tatbestände, die eine Steuerbefreiung rechtfertigen? Es liegt der Verdacht nahe, dass neben den Eigentümern und den aufkaufernden Fonds auch andere von solchen Verkäufen profitieren. Sie sind als Public-Relations-Agenturen, als Anwaltskanzleien oder Unternehmensberatungsfirimen nicht an irgendeiner Wertschöpfung, sondern nur am möglichst gewinnbringenden Verkauf von Unternehmen und Unternehmensteilen interessiert.

Es wäre eine große Täuschung, würde man unterstellen, allein die Politik und die Politiker seien anfällig für politische Korruption.

tion. Das ist in der Wirtschaft genauso möglich wie in der Publizistik und in der Wissenschaft.

Die Wissenschaft spielt als Kronzeuge der neoliberalen Bewegung eine große Rolle. Sie kommt objektiv des Wegs, ist es aber in vielen Fällen nicht, sondern bis über die Halskrause in Einzelinteressen eingebaut. Und dennoch bleibt ihre Glaubwürdigkeit in der öffentlichen Debatte unseres Landes davon in vielen Fällen nahezu unberührt.

Bei manchen Hochschullehrern, die mit ihrem Professorentitel und dem Image der Objektivität öffentlich Meinung machen, stellen wir fest, dass sie neben ihrer Tätigkeit als Universitätsprofessor zusätzlich ein privates Institut leiten und betreiben. Solche Institute sind häufig auf Aufträge aus der Wirtschaft und der Politik angewiesen – mit allen denkbaren Folgen, denn auch in der Wissenschaft gilt: Wer zahlt, schafft an. Eine Reihe dieser Professoren ist gleichzeitig als Gutachter, als Aufsichtsrat oder als Werbeträger direkt für wirtschaftliche Interessen tätig.

- Das gilt zum Beispiel für Professor Hans-Werner Sinn, der neben der Professur an der Universität München auch noch Präsident des ifo-Instituts ist. Hans-Werner Sinn war schon vor der Übernahme der HypoVereinsbank durch die italienische Unicredit im Aufsichtsrat der HVB Group und hat dort auch weiterhin Sitz und Stimme.
- Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin Klaus Zimmermann ist im Zweiterberuf nicht nur Professor, sondern auch Direktor des Instituts für die Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn, das im Einflussbereich der Deutschen Post AG steht.
- Professor Dr. Bernd Raffelhüschen, Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg, ist nicht nur bekannt als wissenschaftliches Sprachrohr für die Privatisierung der Sozialversicherungen und gefragter Interviewpartner in Talkshows, sondern auch sogenannter Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Außerdem ist er wissenschaftlicher Berater des Gesamtverbands der Deutschen Ver-